

ECHT GERECHT

Solidarisch durch die Energiekrise

KUNDGEBUNG

am 29. Oktober 2022 um 11.30 Uhr
am Domplatz in Regensburg

mit Bernhard Stiedl
(Vorsitzender DGB Bayern)

In diesem Herbst und Winter treffen uns die steigenden Preise mit voller Wucht. Viele von uns spüren die Inflation und die nicht zuletzt aufgrund des russischen Angriffskriegs explodierenden Gas- und Stromkosten täglich im Geldbeutel.

Deshalb fordern wir:

ENERGIEPREISPAUSCHALE JETZT!

Schnelle Entlastungen müssen her:
500 Euro als Soforthilfe für alle Beschäftigten, Empfänger*innen von Grundsicherung und sonstigen Sozialleistungen, Rentner*innen, Versorgungsempfänger*innen, Studierende und Auszubildende sowie 100 Euro für jedes Kind.

PREISDECKEL FÜR STROM UND GAS!

Der Grundbedarf muss für alle bezahlbar bleiben. Die Bundesregierung hat auf Druck der Gewerkschaften eine Strompreisbremse angekündigt. Sie muss schnell umgesetzt werden. Auch für Gas ist eine Preisbremse notwendig, damit niemand Sorge vor dem Winter haben muss. Auch für Unternehmen muss es angemessene Lösungen geben.

EINKOMMEN STÄRKEN!

Die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro sowie die Einführung eines Bürgergeldes sind wichtige Schritte für Menschen mit geringen Einkommen. Auch die Mindestausbildungsvergütung muss nun erhöht werden. Gute, existenzsichernde Löhne und Gehälter für alle gibt es vor allem mit Tarifverträgen – auch deshalb muss die Tarifbindung in Deutschland gestärkt werden. Unser Ziel ist die dauerhafte Stabilisierung der Reallöhne.

ARBEITSPLÄTZE SICHERN!

Wir dürfen nicht zulassen, dass Unternehmen aufgrund der hohen Energiekosten Beschäftigte entlassen, ins Ausland abwandern oder ihr Geschäft ganz aufgeben.

Deswegen fordern wir einen Schutzschirm für Unternehmen und die öffentliche Daseinsvorsorge. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße! Wirtschaftshilfen müssen an klare Kriterien wie Beschäftigungssicherung und Vereinbarungen zur Tarifbindung gebunden sein.

Der erleichterte Zugang zum Kurzarbeitergeld muss über den 31.12.2022 hinaus verlängert werden. So können Energieengpässe in Betrieben oder gar vorübergehende Stilllegungen von Betrieben aufgrund zu hoher Energiekosten überbrückt werden.

MIETER*INNEN SCHÜTZEN!

Bund, Länder und Kommunen müssen sicherstellen, dass Menschen aufgrund der Energiekrise ihre Wohnung nicht verlieren und ihnen weder Strom noch Gas abgestellt werden. Für die Dauer der Energiekrise fordern wir ein Kündigungs-Moratorium.

ÜBERGEWINNE ABSCHÖPFEN – FAIR BESTEUERN!

Während die steigenden Preise die privaten Verbraucher*innen und viele Betriebe immer stärker belasten, wachsen die Vermögen der Reichsten ungebremst weiter.

Wir kämpfen mit Nachdruck für unsere Forderungen und rufen alle Kolleg*innen auf, besonders in schwierigen Zeiten solidarisch zusammenzustehen und mit uns gemeinsam für eine gerechte Krisenbewältigung und eine lebenswerte Zukunft auf die Straße zu gehen.

Viele Konzerne fahren hohe Gewinne ein. Sie müssen abgeschöpft und zur Gegenfinanzierung der Entlastungen genutzt werden.

Superreiche und Vermögende sollen mehr Steuern zahlen und über eine einmalige Vermögensabgabe zur Kasse gebeten werden.

Große Erbschaften müssen stärker besteuert werden. Die Schuldenbremse gehört weiter ausgesetzt.

ÖPNV REFORMIEREN!

Wir fordern, die Pendlerpauschale in ein Mobilitätsgeld umzuwandeln. Die Einführung eines einheitlichen, bundesweiten Nahverkehrstickets begrüßen wir.

Mobilität muss bezahlbar sein. Ein preiswerter öffentlicher Personennahverkehr entlastet die Menschen und fördert die Mobilitätswende. Wichtig ist, gleichzeitig Angebot und Kapazitäten zu erhöhen. Das setzt Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, in emissionsfreie Fahrzeuge und in mehr Personal voraus.

Solidarität ist unsere Stärke!